Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat November 2.60 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 278 — Donnerstag, 27. November 1924 — XXXII. Jahrg.

Nathusius begnadigt

Unterzeichnung des Dekrets durch den Präsidenten — Vor der Entscheidung über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund — Leichte Entspannung in Aegypten

Indirekte Preisgabe des Urteils von Lille

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris, 26. November.** **Der Präsident der französischen Republik hat die Begnadigung des Generals v. Nathusius unterzeichnet. Heute wird der General aus der Haft entlassen werden. Der „Matin" bemerkt zu der Begnadigung, die französische Regierung habe den Eindruck gewonnen, daß die Ergebnisse der Verhandlungen für General v. Nathusius ziemlich günstig seien. Deshalb sei auch die Begnadigung ausgesprochen worden. Das ist das erste Geständnis eines Boulevardblattes, daß Herr v. Nathusius tatsächlich schuldlos ist.**

•

Nathusius lehnt ab?

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) General v. Nathusius will angeblich die Begnadigung ablehnen und auf Revision des Prozesses bestehen. Diese Meldung ist noch nicht bestätigt.

•

Wir müssen daran festhalten, daß die vom französischen Präsidenten ausgesprochene Begnadigung des Generals v. Nathusius vom rechtlichen Standpunkt aus ungenügend ist. Wir könnten es verstehen, wenn General v. Nathusius, wie eine Pariser Meldung wissen will, diesen Gnadenakt zurückweisen und eine Revision seines Verfahrens durchsetzen wollte. Dem General ist menschlich durch seine Verurteilung in Lille das schwerste Unrecht zugefügt worden. Seine Ehre wurde besudelt und kann durch einen bloßen Gnadenakt nicht wieder hergestellt werden.

Vom politischen Standpunkt aus ist es natürlich zu begrüßen, daß das Kabinett Herriot so rasch gehandelt und den unnötigen, gefährlichen neuen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt geschafft hat. Der Beschluß des Kabinetts ist uns ein Beweis, daß Herriot im Gegensatz zu Poincaré an einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen gelegen ist. Die rasche Begnadigung ist — der Kommentar des „Matin" zeugt dafür — eine indirekte Anerkennung der Unschuld des Generals und eine, wenn auch nicht ausdrücklich ausgesprochene Kritik an dem Prozeßverfahren des Lille r Kriegsgerichts.

Eine Niederlage Millerands

Vertrauensvotum für Herriot in der Kammer

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. **Paris, 26. November**

Die sogenannten Nationalrepublikaner, deren Chef bekanntlich Millerand ist, hatten in ihrer gestrigen Propagandaversammlung außerhalb des Parlaments beschlossen, den Delegierten Taittinger in der Kammer mit einem Angriff auf die Regierung zu betrauen. Taittinger, ein Ultranationalist, der zu den Hetzern der „Action Française" in den besten Beziehungen steht, entledigte sich dieser Aufgabe in der ungeschicktesten Art und Weise. Die Debatte konnte daher nur mit einem Vertrauensvotum für die Regierung ihren Abschluß finden. Es wurde mit 318 gegen 202 Stimmen angenommen. Der Bloc national schlug sich auf die Seite der Kommunisten und stimmte mit diesen zusammen gegen das Kabinett. Es war ein charakteristisches Bündnis der Rechts- und Linksultras, dem sich selbstverständlich auch die Freunde der „Action Française" anschlossen. Mit dem Ergebnis der gestrigen Debatte, in der es an Beschimpfungen gegen die Regierung von seiten der Ultras nicht fehlte, wird Millerand sicherlich nicht zufrieden sein. Taittinger, der scheinbar die Hoffnung der Nationalrepublikaner in der Deputiertenkammer ist, kam über verleumderische Anklagen gegen das Kabinett nicht hinaus und stellte dadurch seinen Auftraggeber Millerand, der offenbar die Marschroute vorgeschrieben hatte, gehörig bloß. Mit Ausnahme einiger weniger Hetzblätter befindet sich die Presse diesmal auf der Seite der Regierung.

•

Vor Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund

Die entscheidende Dezembertagung in Rom

B. **Berlin, 26. November.** (Eig. Drahtbericht.) **Im Völkerbund rechnet man, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, mit einem Aufnahmegesuch Deutschlands für die Dezembertagung des Völkerbundsrates in Rom. Es heißt, daß entsprechende Verhandlungen bereits zwischen Rom und den alliierten Hauptstädten sowie Berlin eingeleitet seien. Auf jeden Fall würden konkrete Vorbesprechungen in Rom einsetzen, zu denen deutsche Vertreter hinzugezogen werden dürften.**

•

Neue Verzögerung in den deutsch-französischen Verhandlungen

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris, 26. November.** Die Verzögerung der Ankunft der deutschen Delegierten, die mit der Behandlung der industriellen Fragen betraut sind, hatte zur Folge, daß gestern die deutsch-französischen Handelsvertragsbesprechungen nicht in dem Umfange fortgesetzt werden konnten, wie man hoffte. Vorsitzender Trendelenburg machte dem französischen Handelsminister die Mitteilung, daß die Abreise der deutschen Delegierten verschoben werden müsse, weil zwischen den Gruppen der deutschen Schwerindustrie noch Verhandlungen über eine gemeinschaftliche Stellung in Paris im Gange seien. Der „Petit Parisien" benutzt die Gelegenheit, um Deutschland darauf aufmerksam zu machen, daß es viel mehr im Interesse Deutschlands als dem Frankreichs gelegen sei, die Besprechungen vor dem bekannten Datum des 10. Januar zu Ende zu führen. Das Blatt bemerkt, daß Deutschland, falls der Vertrag nicht fertiggestellt sein sollte, nicht in der Lage wäre, seine Produkte im Auslande unterzubringen. Es ist merkwürdig, daß der „Petit Parisien" der deutschen Regierung die Absicht unterschiebt, die Handelsvertragsbesprechungen hinauszuschieben. Bekanntlich hat die deutsche Regierung sich dafür ausgesprochen daß die Besprechungen rasch und zweckmäßig erledigt werden.

•

Freier Handel zwischen Deutschland und der Schweiz

Telegramm unsres Korrespondenten

zw. **Bern, 26. November.** Der Schweizerische Bundesrat richtete an die Bundesversammlung eine Botschaft über den Abbau der Einfuhrbeschränkungen, worin er in längeren Ausführungen auf das Handelsabkommen mit Deutschland eingeht. Die Botschaft führt aus, daß für die Schweiz der Moment gekommen sei, die Einfuhrbeschränkungen langsam abzubauen. Dieses Ziel verfolge das Abkommen mit Deutschland, das vom 30. September 1925 an den Verzicht auf jegliche Einfuhrbeschränkungen ausspricht. Für die Zwischenzeit sei eine Spezialabmachung getroffen worden. Das Handelsabkommen mit Deutschland ist gleichzeitig im Wortlaut veröffentlicht worden.

Der Amtsantritt von Degouttes Nachfolger

B. **Berlin, 26. November.** (Eig. Drahtbericht.) Gestern mittag ist der neue Kommandant der rheinischen Armee, General Guillaumet, in Mainz eingetroffen. Unter militärischer Prachtentfaltung, während Flieger den Bahnhof umkreisten und die Artillerie Salutschüsse abfeuerte, hielt der General seinen Einzug in die Stadt. Es waren in weitestem Umfange Absperrungen vorgenommen worden. In seiner Wohnung im Schloß empfing Guillaumet die Spitzen der Behörden und französische Zivilpersonen.

Der japanisch-amerikanische Gegensatz

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Tokio, 26. November. (Durch United Preß.) Das Auswärtige Amt erklärte heute Japans Bereitwilligkeit, an einer neuen Washingtoner Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Allerdings, betont die Erklärung, es sei sehr zweifelhaft, ob die japanischen Vertreter einer weiteren Verminderung der Seestreitkräfte zustimmen könnten. Ebenso werde in den Fragen der Abänderung der Bestimmungen über Hilfsstreitkräfte und Luftstreitkräfte Japan nicht in der Lage sein, weitere Zugeständnisse zu machen. Diese Haltung Japans wird mit der amerikafeindlichen Haltung der öffentlichen Meinung im Lande begründet. Wie wir hierzu noch erfahren, gründet sich die Haltung der öffentlichen Meinung natürlich hauptsächlich auf die unglücklichen und provozierenden Bestimmungen, die Amerika in der Einwanderungsfrage getroffen hat. (Bekanntlich ist ein absolutes Einwanderungsverbot für Japaner erlassen worden.) Weitere Maßnahmen, die Japan verstimmt haben, waren die Abhaltung des sogenannten „Verteidigungstages" und die kürzlich bekanntgegebene Absicht des Marineministeriums, die nächsten Flottenmanöver in besonders großem Umfang in der Nähe Hawais abzuhalten. Alle diese Zwischenfälle führen dazu, die Vorschläge Amerikas, denen die Diplomaten eventuell ihre Zustimmung geben könnten; in der Bevölkerung höchst unpopulär zu machen.

Tscheka, die Nebenregierung des Kreml

Von Georg Popoff

Wir beginnen heute mit einer besonders wichtigen und aktuellen Artikelreihe. Der vorliegende und die folgenden Aufsätze sind auserwählte Kapitel aus dem neuen Buche Georg Popoffs „Tscheka, der Staat im Staate (Ein Moskauer Erlebnis)", in dem der unsern Lesern durch seine an dieser Stelle erschienenen Aufsätze wohlbekannte Verfasser, neben der Schilderung seiner eigenen abenteuerlichen Erlebnisse in bolschewistischer Haft, eine erschöpfende Darstellung der Tscheka, dieser „neuen Inquisition" gibt. In diesen Aufsätzen erfolgt zum ersten Male eine eingehende Würdigung des „Comité du Salut Public" der russischen Revolution. Das etwa 600 Seiten starke Buch wird Anfang Dezember bei der Frankfurter Societäts-Druckerei erscheinen.

Die Redaktion.

I.

Was ist die „Tscheka"?

Was ist die Tscheka? Sie ist eine politische Geheimpolizei! Und daran wäre eigentlich nichts Besonderes. Darüber Worte zu verlieren, würde sich kaum lohnen; jedes Land hat seinen politischen „Ueberwachungsdienst". In England gibt es den „Scotland Yard", in Frankreich die „Sûreté", in Amerika den „Secret Service" usw. Auch haben alle diese Institutionen eine gewisse Aehnlichkeit mit der Tscheka und umgekehrt. Doch nur eine gewisse Aehnlichkeit. Denn sie besteht lediglich darin, daß die Tscheka, ebenso wie die genannten Behörden, auch einen politischen Polizeidienst versieht. Darauf beschränkt sich aber die Tätigkeit der Tscheka keineswegs. Ihre Bedeutung im russischen Staatswesen ist viel, viel größer als diejenige simpler politischer Polizeiverwaltungen andrer bürgerlicher Länder, die sonst mit der Tscheka natürlich nicht das geringste gemein haben.

Die Tscheka ist im heutigen Rußland die Verkörperung eines Regierungssystems. Sie spielt eine weit bedeutendere Rolle als vor dreihundert Jahren die Inquisition in Spanien, als vor hundertdreißig Jahren das „Comité du Salut Public" in Frankreich und vor nicht so langer Zeit die „Ochranka" im zaristischen Rußland. Dennoch stehen wir vor der erstaunlichen Tatsache, daß trotz der beispiellosen Machtfülle, welche sie ausübt, viele unsrer Zeitgenossen kaum etwas von ihrer Existenz wissen.

Die Tscheka ist die Trägerin jenes asiatischen Geistes, der, mit der westlichen Lehre des Marxismus zu einem merkwürdigen Gebilde vereint, heute die sowjetrussische Wirklichkeit darstellt. Trotz mancher Eigenheiten trug das alte Rußland nie so unverkennbar asiatische Merkmale zur Schau, wie sie heute das neue Moskowien offenbart. Und nicht zum geringen Teil ist es gerade die Tscheka, welche die Verantwortung für diesen Rückschritt, für diese Asiatisierung trägt, die Rußland heute aufzuweisen hat.

Heute ist die Sowjetregierung von fast allen Mächten anerkannt, mit einer großen Anzahl von Ländern hat sie Handelsverträge abgeschlossen, zahlreichen Großunternehmern sind Konzessionen erteilt worden usw. Und was nun? Ist eine erfolgreiche Entwicklung des russisch-europäischen Wirtschaftsverkehrs und ein wirkliches Zusammenarbeiten zu konstatieren. Nicht im geringsten! Weshalb denn nicht? Weil es in Rußland eben zwei Regierungen gibt — die eine im Kreml, die andre auf der Lubjanka!

Mit der Sowjetregierung im Kreml haben die Mächte genaue paragraphierte Verträge, die alle Eventualitäten vorsehen, unterzeichnet. Aber mit der Existenz der Tscheka scheinen sie nicht gerechnet zu haben, während es doch gerade diese ist, welche die getroffenen theoretischen Abmachungen zwischen der Sowjetregierung und den Ausländern illusorisch machen kann und tatsächlich macht. Trotz aller Verträge und aller de jure-Anerkennungen ist die Zahl der nach Rußland gehenden und mit Rußland Handel treibenden Kaufleute noch immer sehr gering. Weshalb? Weil die Kaufleute der ganzen Welt ein überaus fein entwickeltes Gefühl für die Zustände in jenen Ländern haben, mit welchen sie in Handelsbeziehungen eintreten möchten. Und zu den russischen Zuständen haben sie eben kein Zutrauen. Mit Recht! Nur scheinen sie die Quelle ihres Mißtrauens nicht zu kennen, obwohl sie instinktiv die Lage richtig einschätzen. Es sei ihnen unumwunden gesagt: die zweite russische Regierung, die Nebenregierung des Kreml, die Tscheka ist es, welche für die unstabile Lage, für die Willkür, für die Unsicherheit der Verhältnisse, für die Unmöglichkeit, mit Rußland Handel zu treiben, hauptsächlich verantwortlich ist. Schafft die Tscheka ab — und das bedeutendste Hindernis, welches heute den Handel mit Rußland hemmt, wird aus dem Wege geräumt sein!

Der ursprüngliche Name der Tscheka lautete: „Allrussische Außerordentliche Kommission beim Rate der Volkskommissare zum Kampfe gegen die Konterrevolution, Spekulation und Sabotage." Trotz dieses friedlich-theoretischen Namens entfaltete diese Kommission rasch eine sehr blutig-reale Schreckensherrschaft über Rußland. Sie wurde im Handumdrehen populär, und der Volksmund nannte sie bald kurz „die außerordentliche Kommission", auf russisch „Tschresvytschainaja Kommissija". Als aber den Russen auch das zum Aussprechen zu weitläufig erschien (namentlich da diese Begriffe nunmehr öfter als die Worte „Gott", „Vater", „Mutter" usw. genannt wurden), nahm man die beiden Anfangsbuchstaben „Tsche" und „Ka", setzte sie zusammen und sagte „Tscheka". Daher das schreckliche Wort!

Die Entstehungsgeschichte der Außerordentlichen Kommission ist folgende: Als die Bolschewisten am 28. Oktober 1917 in Rußland die Macht ergriffen hatten, wählten sie als Regierungssitz ein durch Größe und Solidität auffallendes Schulgebäude, das „Smolny-Institut für adelige Fräulein" in Petersburg. Sie fühlten sich in den ersten Monaten äußerst unsicher und verschanzten daher dieses Gebäude gleich einer Festung, bereit, hier lieber zugrunde zu gehen als sich zu ergeben.

Am 20. (7.) Dezember 1917 wurde das Dekret über die Begründung der Tscheka veröffentlicht. Es lautete: „Der Rat der Volkskommissare beschließt die Begründung einer besonderen Kommission unter dem Namen Allrussische Außerordentliche Kommission beim Rate der Volkskommissare zum Kampfe gegen die Konterrevolution, Spekulation und Sabotage und bestätigt diesen Akt." Es folgten die näheren Bestimmungen. Als höchstes Strafmaß war die Todesstrafe ursprünglich nicht vorgesehen. Doch darauf kam es Dserschinski nicht an: seine Schergen benötigten zur Vollstreckung ihrer Urteile keiner geschriebenen Mandate: Verdächtig? An die Wand! Wichtig war ihnen die „unbegrenzte Abgrenzung" ihrer Machtbefugnisse. Und diese sprach der § 1 der Tscheka-Satzung deutlich genug aus: „Die Außerordentliche Kommission ist beauftragt, innerhalb des Gesamtgebietes des russischen Reiches alle konterrevolutionären oder Sabotageversuche und -handlungen zu durchkreuzen und zu liquidieren, einerlei von welcher Seite sie ausgehen mögen!"

Die ersten Tschekisten waren zum geringeren Teil Kommunisten, welchen das Zentralkomitee, kraft der Parteidisziplin, die Dienstausübung in der Tscheka befohlen hatte. Zum größeren Teil dagegen ehemalige zaristische Gendarmen und Geheimpolizisten, ohne deren erprobte Dienste auch die neue „proletarische Ochranka" nicht glaubte auskommen zu können. Diese finsteren Ochranka-Helden stellten sich, froh, ihr Leben gerettet zu haben, mit beispiellosem Eifer in den Dienst ihrer Feinde von gestern. Gerne weihten sie ihre neuen Brotgeber in alle Perfidien und Schliche des zaristischen Spitzelsystems ein und erlebten bald die Freude, daß ihre gelehrigen kommunistischen Schüler die Lehrmeister noch bei weitem übertrafen. Gemeinsam warben sie ein Heer von hunderten und tausenden Spionen, unterrichteten dieselben und organisierten schließlich jenes System, welches sich heute gleich einem teuflischen Netz über ganz Rußland ausbreitet.

Als die Sowjetregierung am 12. März 1917 nach Moskau übersiedelte, folgte ihr Dserschinski nach. Nun verwandelte er den Kreml in eine Festung mit demselben Wach- und Spionagesystem, welches er bereits im Smolny angewandt hatte. Dserschinski blieb der Chef der Allrussischen (Wserossijskaja) Tscheka, der „We-Tsche-Ka", die von nun an in Moskau auf der Lubjankastraße ihren Hauptsitz hatte. Hier gründete er noch eine Moskauer Tscheka, die „Em-Tscheka". Beide nannte der Volksmund bald kurz „Lubjanka" — nach der Straße, wo sie sich niedergelassen hatten. Die Petersburger Tscheka, die „Pe-Tsche-Ka", belegte ein Haus auf der Goroschowaystraße und erhielt den Rufnamen „Goroschowaja". An ihrer Spitze stand der Genosse Uritzki, der Zertrümmerer der Petersburger Hofaristokratie. Nur wenige Monate hat er in Petersburg gewütet, aber sie haben genügt, um eine blühende Weltstadt in einen öden Kirchhof zu verwandeln. Mit seinem Namen ist die erste Periode der Tschekaherrschaft unzertrennlich verknüpft.

Diese erste Periode währte acht Monate, und zwar vom Gründungstage, dem 20. Dezember 1917, bis zum 17. August 1918, als der Sozialist Kannegießer ein Attentat gegen Uritzki unternahm, dem dieser sofort erlag. Es besteht kein Zweifel, daß erst nach dieser ersten Periode der rote Terror in vollen Schwung kam. Doch wäre es irrig, anzunehmen, daß während der ersten acht Monate der Sowjetherrschaft die Tscheka un-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19241127/1